

Drugstore + Potse weggentrifiziert

Mehr als 40 Jahre lang gab es das Jugendzentrum Drugstore in der Potsdamer Straße. Für Generationen von Jugendlichen war es eine feste Größe in Schöneberg. Das Drugstore und die daneben liegende Potse sind die beiden ältesten selbstverwaltetesten Jugendklubs Berlin, sie existierten seit Anfang der 1970er Jahre.

Der jetzige Eigentümer des Hauses hat jedoch beide zum Jahresende gekündigt und ließ sich auch nicht von den Bemühungen des Bezirks beeindrucken, eine andere Lösung zu finden. So wie die ganze Gegend gentrifiziert wird, immer mehr alteingesessene Familien wegziehen und lange bestehende Läden geschlossen werden (z.B. auch der gegenüber liegende Obst/Gemüse-Markt), so wird auch auf die Kultur keine Rücksicht mehr genommen. Was keine Kohle bringt, wird ausgemerzt. Sollen sich die Jugendliche doch ins Private zurückziehen und sich mit Drogen zuknallen, dann stören sie die Investoren nicht.

Gerade das Drugstore stand immer für ein offenes und selbstbestimmtes Leben. Unzählige Jugendliche haben hier zu diskutieren gelernt, Musik gemacht, antisexistisches Verhalten erfahren und das Druckereihandwerk gelernt. Es gab Tausende von Partys und Konzerten, nicht nur für Leute mit Geld, sondern für alle. Aber was keinen Profit macht, muss in Berlin verschwinden.

Die Leute vom Drugstore, das zum Verbund SSB (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Berlin) gehört, haben beschlossen, ihre Räume aus Rücksicht auf diesen Trägerverein nicht zu besetzen. Sie sind heute Vormittag "freiwillig" ausgezogen.

Das Potse-Kollektiv hat sich dagegen entschlossen, in seinen Räumlichkeiten zu bleiben: "Die angebotenen Ersatzräumlichkeiten stellen im besten Falle einen Witz dar. Hiermit verhöhnt die Politik die jahrzehntelange, ehrenamtliche Arbeit, die von Generationen an Jugendlichen geleistet wurde und wird. Es ist nicht hinnehmbar, dass das sowieso schon knappe Angebot an kultureller Beteiligung einem Hostel für Start-Up Yuppies weichen soll."

www.drugstore-berlin.de

potse.squat.net



Zerstörtes Vorbild

Es war einmal vor fast 40 Jahren, als ich zum ersten Mal von dem Land Nicaragua hörte, in dem die rechte Diktatur zum Teufel gejagt wurde. In den Jahren danach bekam ich mehr Einblick: Das kleine Land in Mittelamerika bekam in der linken Szene Europas immer mehr Bedeutung. Viele reisten dort hin, um die Revolution der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN zu besuchen und erzählten hier von ihren Eindrücken. Sie nannten sich die Internationalen Brigaden. Ein Freund von mir blieb sogar dort und wurde Polizist in der Hauptstadt Managua. Die Gesellschaft Nicaraguas wurde basisdemokratisch organisiert, die Minister legten in den Dörfern, Schulen und den neuen Gemeinschaftshäusern **Rechenschaft ab über ihre Arbeit**. Und sie konnten jederzeit abgewählt werden.

Da die USA kurz nach der Revolution mit allen Mitteln gegen die sandinistische Regierung schoss, musste sich das Land andere Bündnis- und Wirtschaftspartner suchen. In Deutschland tauchte bald Solidaritätskaffee aus Nicaragua auf. Man zahlte mehr als für den Kaffee aus dem Supermarkt und unterstützte damit diese neue Gesellschaft.

Über viele Jahre war das Land ein Vorbild für den Aufbau einer neuen Gesellschaft. Was besonders schwer war, weil es die ganze Zeit über von rechtsradikalen Terroristen angegriffen wurde. Bei den freien Wahlen wurde die FSLN

stärkste Partei und lange sah es so aus, als würde ein kleiner Traum erfüllt. Doch Macht macht korrupt, das gilt auch für den damaligen Revolutionsführer und Staatschef Daniel Ortega. 1990 wurde er abgewählt, trotz Vergewaltigungsvorwürfen aber 2006 erneut gewählt. Von einem demokratischen und revolutionären Vorbild entwickelte er sich nun jedoch zum Diktator, zahlreiche ehemalige Mitkämpfer/innen distanzieren sich und gründeten eine eigene Organisation.

Die Nachrichten die heute aus Nicaragua kommen, sind nur noch traurig und erschreckend. Längst gibt es eine breite Korruption, willkürliche Polizeigewalt, Tausende von politischen Gefangenen. Wer offen gegen die Diktatur auftritt riskiert seine Freiheit und sogar sein Leben.

Von der großen Hoffnung, die die Sandinisten eins waren, für das eigene Volk, aber auch für viele andere in der Welt, ist nichts mehr geblieben. Nur noch Enttäuschung, dass die Partei FSLN nicht stark genug war, diese Machenschaften Ortegas zu verhindern oder ihn rechtzeitig abzusetzen. Aber die Ideen und das jahrelange Vorbild für andere waren ein Gewinn.



Der kämpfende Schwule

Vor ein paar Tagen musste ich zurückdenken an die Zeit, als ich noch ein schwuler Junge war. Ich hatte vergangene Woche einen Funkauftrag erhalten und drei Minuten später stand ich mit dem Taxi vor dem „Vagabund“. Das ist ein Charlottenburger „Herren-Club“, so nannte man das wohl 1968, als das Lokal öffnete. Heute sind vermutlich noch die gleichen Gäste dort, nur Zarah Leander und Marlene Dietrich kommen nicht mehr.

Die meisten Gäste, die ich hier in den frühen Morgenstunden abhole, haben es nicht weit. Wohnen in der Nähe, wollen vielleicht auch in die „Kleine Philharmonie“, die ist noch 10 Jahre älter als der Vagabund.

Mein Fahrgast aber hatte einen weiteren Weg und so kamen wir ins Gespräch. Ich erzählte von einem nicht so guten Erlebnis, das ich dort als junger Mann vor vielen Jahren hatte. „Ja, es war nicht immer alles ganz korrekt. Früher, als wir noch jeden Abend auf der Suche waren.“ Er erzählte, dass er tatsächlich schon seit 50 Jahren dort verkehrt, die gesamte Geschichte erlebt hat, viele Männer kommen sah - und auch sterben. In den 1980/90ern an Aids, heute am Alter. Er beschrieb die Kundschaft sehr liebevoll, wie man sich eben nach Jahrzehnten kennt, auch in seinen Begierden, seinen Beziehungen und Streits.

Mit einigen von ihnen ist er früher auch auf die Straße gegangen, erzählte er. In den Anfangsjahren war es ja noch ein Skandal, dass sich Männer küssend oder Hand in Hand auf der Straße gezeigt haben. „Wir haben viele Schläge eingesteckt und noch viel mehr Beleidigungen. Als meine Beziehungen zu Walter rausgekommen ist, hat mich mein Vermieter gekündigt. So etwas war damals noch normal.“ Er selber hat die AHA mitgegründet, Mitte der 70er Jahre, die erste Schwulenvereinigung West-Berlins, damals sehr politisch.

„Ich habe mich nie versteckt, habe immer gekämpft. Schließlich bin ich nicht aus meinem pfälzischen Dorf nach Berlin gekommen, um hier genauso weiterzumachen wie dort“, lachte er. Seine Eltern hätten ihm das zeitlebens nicht verziehen, aber was soll man machen. Anpassen und verstecken wollte er sich nicht und wie hätte das auch gehen sollen? Er sprach davon, dass sie damals sehr ernst und kontrovers diskutiert hätten. Die einen wollten eine „schwule Revolution“, was auch immer das sein sollte. Andere kämpften für gleiche Rechte, nur nicht für die Homo-Ehe, das war ihnen zu spießig. Anderen reichte es, wenn es eine möglichst breite Subkultur gab, in der sie sich ausleben konnten.

Mein Fahrgast sagte, dass er sich unbeliebt gemacht hätte, weil er den Kampf für Gleichberechtigung zusammen mit lesbischen Frauen führen wollte. Das war bei den organisierten Schwulen aber noch nicht denkbar, viele hätten

sogar einen regelrechten Frauenhass gehabt.

Der Traum der Szene war damals, dass sich so etwas entwickelt, wie 1969 die Kämpfe im Stonewall Inn in der New Yorker Christopher Street, wo sich bis zu 1.000 Schwule und Lesben fünf Tage lang mit der Polizei prügelten. Dies gilt weltweit als Gründungsereignis der offensiv auftretenden Bewegung für Homosexuellenrechte.

Ich konnte im Auto förmlich seine Augen leuchten sehen, bzw. hören, weil er ja hinten saß. Tatsächlich haben sie dann auch in Berlin eine schwule Kampfgruppe gegründet, die eigene Veranstaltungen und Treffpunkte schützte.

Am Ende der Fahrt sagte er noch, dass er sich große Sorgen mache, wie es weitergeht. In Schöneberger Schwulen Dreieck gibt es in den letzten Jahren immer wieder Angriffe auf Schwule, vor allem durch arabischstämmige Jugendliche. Und auf politischer Ebene versucht die AFD, das Land wieder um Jahrzehnte zurückzudrehen. „Es wäre mal wieder Zeit, dass sich die Szene politisiert und organisiert. Und nicht nur ans Feiern denkt.“ Da hat er recht!



Fuck the Rich

Es gab Zeiten in Berlin (damals West), in denen sich die Reichen der Stadt im Grunewald verschanzten und sich nur ab und zu mal auf dem Kudamm blicken ließen. Mit dem großen Teil der Berliner Bevölkerung wollten sie nichts zu tun haben.

Mittlerweile aber sind sie selber viel mehr geworden und tun so, als wären sie die Herren der Stadt. Vor allem rund um den Gendarmenmarkt haben sie ihre Lokale und Restaurants, darunter die Newton-Bar, über die ich [hier](#) und [hier](#) schon mal geschrieben habe. Aber auch das Restaurant Borchards gehört dazu. Da ich dort bereits zweimal Fehlfahrten hatte, also die Leute sich bereits ein anderes Taxi gewunken haben, fahre ich dort eigentlich nicht mehr vom Halteplatz aus hin. Diesmal erhielt ich den Auftrag aber unterwegs, innerhalb von zwei Minuten war ich auch in der Französischen Straße. Nun muss man wissen, dass dort nicht jeder reinkommt. Schon am Eingang wird man daraufhin abgecheckt, ob man auch Obermensch genug ist, die ehrenvollen Hallen zu betreten. Ich war es eindeutig nicht.

Da es draußen eisig kalt war, stand der Aufpasser im Inneren, so dass ich erstmal rein kam. Sofort schnauzte er mich an, was ich dort wolle. Allerdings merkwürdigerweise auf Englisch. Keine Ahnung, ob er kein Deutsch spricht, aber ich antwortete auf Deutsch, dass ich die Taxifahrgäste abholen will. Er verstand angeblich nicht und musste sich dann um Gäste kümmern, die das Lokal verlassen wollten. Vorn gibt es die Garderobe, und bei diesem Wetter hatten alle irgendwelche Mäntel Umhänge, Stolen und sowas dabei. Das dauerte.

Dann kam ein anderer auf mich zu, wollte ebenfalls wissen, was ich da will. Gleiche Antwort von mir, mittlerweile recht genervt. Er schaute auf seinen Rechner und meinte, es wäre kein Taxi bestellt worden. „Natürlich“, sagte ich und zeigte ihm den Auftrag auf meinem Handy. Aber das interessierte ihn nicht.

Er sprach mit dem anderen, kam dann auf mich zu und sagte, ich solle vor der Tür warten, die Gäste kämen gleich. Doch alle, die nun raus kamen, hatten kein Taxi bestellt. Ich stellte mich also so hin, dass alle um mich herumlaufen mussten, wohl wissend, dass die Türsteher mich von innen sehen konnten. Nach etwa fünf Minuten kam wieder einer raus und meinte auf extrem arrogante Art, ich sollte weg gehen, es gäbe keine Fahrgäste für mich. „Das hier ist öffentliches Straßenland, hier können Sie mich nicht wegschicken“, antwortete ich. Er verschwand wieder hinter seiner Glastür, beobachtete mich aber weiter.

Dann kam ein älteres Paar heraus, sie im Pelz. Meine Frage, ob sie ein Taxi bestellt hätten, beantworteten sie erst gar nicht. Dann schauten dann verächtlich an mir herunter und sagten: „Ganz. Sicher. Nicht.“ Dabei zogen sie beide angewiderte Gesichter. Nun reichte es mir mit der Diskriminierung und ich spuckte ihnen vor die Füße. Dabei konnten sie noch froh sein, dass ich sie nicht getroffen habe.

Während sie anfangen, auf mich zu schimpfen und mich zu verfluchen, setzte ich mich wieder ins Taxi und fuhr

meiner Wege. Und ich beschloss, soweit das möglich ist, nicht mehr solche widerlichen Geldsäcke zu fahren, für die normale Menschen offensichtlich bloß Abschaum sind. Aufträge von bestimmten Restaurants und Bars werde ich nicht mehr annehmen.



Staatliche Kindesentziehung [Update]

Artikel vom 24. Juni 2018:

Es gibt viele Kinder, die von ihren Eltern geschlagen werden. Das ist schlimm und es ist wichtig, dass die Jugendämter da genau hinschauen und eingreifen. Viel zu oft tun sie es leider nicht. Aber es gibt auch das Gegenteil und dies ist nicht weniger schlimm für die Kinder und die Eltern.

Ein solcher Fall ist der von Sandra aus Berlin. Sie ist mit über 30 Jahren sicher nicht mehr so sprunghaft wie eine Jüngere und als sie vor zwei Jahren ihre Tochter Sarah (Name geändert) bekam, war auch alles gut. Außer, dass sie noch immer in der Wohnung neben ihrer sehr dominanten Mutter wohnte, die die Kontrolle über Tochter und Enkelin behalten wollte.

Vor einem Jahr lernte Sandra einen Mann kennen, zog einige Monate später zu ihm in die Wohnung. Die Entscheidung fiel so schnell, weil sie großflächigen Schimmelbefall in ihrer Wohnung entdeckt hatte. Und auch, weil sie so endlich aus der Umklammerung ihrer Mutter entfliehen konnte.

Mit dem Umzug schaltete die Oma auf Konfrontation. Die gesamte Familie wurde mit einbezogen, Sandra wurde bei allen schlechtgemacht. Auch dass sie sich mit ihrem neuen Freund in einer evangelischen Freikirche engagiert wurde ihr zum Vorwurf gemacht. Schon bald wollte niemand mehr mit ihr etwas zu tun haben.

Dann kamen die Weihnachtstage. Im Kindergarten geriet Sarah mit einem anderen Mädchen aneinander, sie kloppten sich um ein Spielzeug, wobei sie einige blaue Flecken abbekam. Einen Tag später lief sie durch die für sie neue Wohnung. Einen Moment passte Sandra nicht auf, als das Mädchen an einen noch heißen Herd fasste. Schnell bildeten sich Brandblasen, Sandra und ihr Freund fuhren sofort mit Sarah ins Kinderkrankenhaus der Charité im Wedding. Die Ärzte dort alarmierten das Jugendamt und die Polizei, weil sie eine Vernachlässigung des Mädchens befürchteten.

Natürlich hätte Sandra oder ihr Freund besser aufpassen müssen, aber alle, die selber Kinder haben wissen, dass eine lückenlose Überwachung kaum möglich ist. Zumal die beiden erst noch dabei waren, die Wohnung kindergerecht umzubauen, sie also sicherer zu machen. Doch auch die Hämatome von der Auseinandersetzung im Kindergarten wurden als Hinweis für eine Misshandlung gedeutet. Die Mitarbeiterinnen im Kindergarten stritten die Klopperei von Sarah und dem anderen Mädchen gegenüber dem Jugendamt ab, während sie im kleinen Kreis zugaben, dass es sie gegeben hatte.

Nun begann die "Kinderschutzmaschine" anzulaufen. Mitarbeiter des Jugendamts wurden zum Dauergast in der gemeinsamen Wohnung, es gab eine Befragung durch die Polizei, Psychologen beschäftigten sich mit Mutter und Tochter. All das ist ja ok, wenn ein Verdacht auf Misshandlung vorliegt. Aber es sollte auch zu einem vernünftigen Ergebnis führen. Das tat es jedoch in diesem Fall nicht.

Als Sarah im Februar krank wurde und nichts mehr essen wollte, riet der Arzt dazu, sie zur Essenaufnahme zu zwingen. Damit war natürlich keine Gewalt gemeint, aber Sandra sollte sich gegen ihre Tochter durchsetzen. Der Freund hielt nun Sarah den Mund auf, während Sandra sie fütterte. Dabei entstanden erneut Hämatome, die kurz danach einer Besucherin des Jugendamtes auffielen.

Alle Erklärungen nutzten nichts: Am 2. März wurde Sarah aus der Wohnung geholt und in eine Kinderwohneinrichtung in Lichtenrade gebracht. Der Mutter wurde zugestanden, ihre Tochter zweimal pro Woche für je 1 ½ Stunden zu besuchen, jedoch nur unter Aufsicht. Versuche, mit dem Mädchen zu Kinderfesten oder dem Sommerfest des Kindergartens zu gehen, wurden unterbunden. Als Begründung wurde angeführt, dass das Kindeswohl nicht gesichert sei. Dabei haben sich Sandra und ihr Freund längst weitergebildet, besuchten einen Erste-Hilfe-Kurs für Babys und Kleinkinder. Und auch die Wohnung wurde kindergerecht ausgestattet, viele Sicherheitsmaßnahmen wurden installiert, Sarah hat ein eigenes, großes Zimmer.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Kinder blaue Flecken kriegen. Sandra und ihrem Freund wird dies aber vorgeworfen, es wird die Behauptung aufgestellt, sie würden das Mädchen misshandeln.

Doch schon im März wies Sarah erneut neue Hämatome auf, die sie sich diesmal jedoch in der Wohneinrichtung zugezogen hat. Merkwürdig nur, dass diese ganz anders interpretiert werden, diesmal wurde nicht der Verdacht einer Misshandlung erhoben. Und noch schlimmer: Sandra fotografierte diese Flecken und stellte die Fotos dem Jugendamt zur Verfügung - dort aber sind sie angeblich nicht mehr aufzufinden.

Immer wieder kamen parallel dazu Hinweise von Sandras Mutter, sie könne alles sofort rückgängig machen, wenn sie wieder zurückkämen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Oma einen etwas zu guten Draht zum Jugendamt hat, wenn sie so etwas behaupten kann.

Mittlerweile sind vier Monate vergangen. Sarah wohnt noch immer in der Einrichtung und das Jugendamt weigert sich, sie wieder freizulassen. Sie wollen Sandra das Kind dauerhaft wegnehmen, obwohl es keine nachvollziehbaren Hinweise auf eine Misshandlung gibt. So drohen sie auch damit, Sandra durch das Familiengericht die Erziehungsberechtigung entziehen zu lassen.

Alternativ bieten sie ihr an, erstmal für ein Jahr in ein Mutter-Kind-Heim zu ziehen. Dies würde aber die junge Familie auseinanderreißen und sie müssten auch ihre relativ günstige Wohnung in Moabit aufgeben. Zumal sie das große Glück haben, in der Nähe einen Kindergartenplatz ergattert zu haben.

Sandra und ihr Freund wollen sich mit der Willkür des Jugendamts nicht abfinden. Sie haben einen Rechtsanwalt beauftragt, der nun Anzeige gegen das zuständige Jugendamt wegen Kindesentziehung gestellt hat. Vermutlich wird es also zu einem Gerichtsverfahren kommen.

Das alles wird ohne Not auf dem Rücken der kleinen Sarah ausgetragen, die erst von ihrer alten Wohnung in die neue gezogen ist und einige Monate später dort rausgeholt wurde. Sie musste sich zweimal an eine neue Umgebung gewöhnen, auch an neue Bezugsmenschen und an die Trennung von ihrer Mutter.

Das Gesetz spricht davon, dass es in erster Linie um das Wohl des Kindes geht. In diesem Fall aber hat man eher den Eindruck, das Jugendamt will ein Exempel statuieren. Unterstützt von einer fragwürdigen Psychologin aus der Wohneinrichtung sowie der Großmutter, die wiederum ihre eigenen Interessen verfolgt. Ich kenne Sarah, Sandra und ihren Freund. Und ich weiß, dass an den Vorwürfen nichts dran ist. Das Vorgehen des Jugendamtes ist für mich unverständlich.

Update am 14. Dezember 2018:

**Lasst unsere
Kinder frei!**

Gestern hat Sandra ihr zweites Baby bekommen. Heute Vormittag sind Vertreter vom Jugendamts Mitte im Krankenhaus erschienen und haben ihr auch dieses Kind weggenommen. Wieder mit der Begründung, das Kindeswohl sei gefährdet.

Es ist ein Skandal, nicht mehr nachvollziehbar und nicht zu akzeptieren, wie unmenschlich das Jugendamt vorgeht

und systematisch eine Familie zerstört. Während anderswo Kinder in ihren Elternhäusern halbtot geschlagen werden können und das Jugendamt sich mit Personalnot rausredet, wird hier mit der Keule auf eine funktionierende Familie eingeschlagen. Wenn das so weitergeht, gibt es noch eine Katastrophe.

Missglückter Trickdiebstahl

Einem alten Hasen streut man nicht so leicht Salz auf den Schwanz. Dieses allgemein unbekanntes Sprichwort kam mir im Nachhinein in den Sinn. Immerhin habe ich an diesem Tag ungefähr 150 Euro nicht verloren. Aber von vorn:

Meine Schicht war schon zur Hälfte vorbei und bisher verlief sie ganz positiv. Ich komme manchmal wochenlang nicht nach Karlshorst, diesmal aber hatte ich schon zwei Touren dort hin, einmal mit Anschluss nach Mitte. Meine Geldbörse war voller als sonst um diese Zeit. Alle Taxihalten am Gendarmenmarkt waren besetzt, also cruiste ich langsam um den Platz auf der Suche nach Winkern. Als ich bei Rot an der Kreuzung Französische / Charlottenstraße stand, öffnete ein Mann hinten rechts die Tür, dort wo die Fahrgäste meistens einsteigen. Ich drehte mich, um ihn besser sehen zu können, nach rechts hinten. Aber er stieg nicht ein, sondern fragte mich in gebrochenem Deutsch, ob ich ihn mitnehmen würde. Allerdings müssten wir noch einen Moment warten, weil gleich noch ein Kumpel von ihm kommen würde, wir müssten auch noch ein paar Meter zurück fahren, und und und... Er war sehr hektisch, ließ mich gar nicht zu Wort kommen und ich bekam das Gefühl, das da was schief läuft.

Ich habe manchmal eine Ahnung, dass irgendwas nicht stimmt, und in der Regel ist es dann auch so. Taxifahrerinstinkt oder sowas. Jedenfalls hatte ich sofort alle Sinne aktiviert und merkte, wie es links neben mir plötzlich kühler wurde. Normalerweise ist dort meine Tür und die ist zu. Im selben Moment drehte ich mich also nach links, sah wie jemand seinen Arm ins Auto schob und versuchte, meine Geldbörse aus dem Innenfach der Fahrertür zu ziehen. Ohne nachzudenken zog ich mit einem Ruck die Tür zu. Ich hörte ein Stöhnen, er zog seinen Arm zurück und verschwand nach hinten. Auch der Mann, der mich zuvor abgelenkt hatte, rannte weg.

Mein Blick ging erstmal in das Fach, die Geldbörse war noch da. Bevor ich so richtig begriff, was gerade passiert war, kam ein altes Ehepaar auf mich zu und wollte mit einer Kurzstrecke nach Kreuzberg. Ich wendete, fuhr los. Noch während der Fahrt rief ich die Funkzentrale an und sie schickte sofort eine Warnung auf die Displays der angeschlossenen Taxis. Die Dame sagte mir, dass vermutlich der eine Täter, den ich gesehen hatte, vor kurzem schon mal mit diesem Trick Erfolg hatte.

Nachdem ich meine Fahrgäste abgeliefert hatte, was nur wenige Minuten gedauert hat, fuhr ich wieder zurück. Gleichzeitig informierte ich die Polizei und wir trafen uns an der Kreuzung. Auch denen gab ich dann die Beschreibung und sie wiederholten sie ebenfalls über Funk. Allerdings glaube ich nicht, dass sie sie erwischt haben, sonst hätten sie mich wohl wegen einer Gegenüberstellung angerufen. Das hatten sie bereits angekündigt.

Ich war jedenfalls froh, so schnell aufmerksam geworden zu sein und genau so reagiert zu haben. Kurz danach bekam ich meine dritte Fahrt in dieser Schicht nach Karlshorst. Ob das auch was zu bedeuten hatte?



Leerstandsmelder

In Berlin gibt es wenig freie Wohnungen. An teuren Eigentumswohnungen herrscht kein Mangel, aber die normale Bevölkerung, die keine 2.000 EUR pro Monat zahlen kann, hat derzeit kaum eine Chance, eine für sie bezahlbare Wohnung zu finden.

Diese Situation der Wohnungsknappheit gab es in den 1980er Jahren schon mal, auf beiden Seiten der Mauer, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. In West-Berlin wurden Hunderte von Wohnhäusern bewusst leer stehen gelassen, um sie verfallen und dann abreißen zu lassen. Neubauten brachten mehr Profit. Währenddessen standen in Ost-Berlin ganze Straßenzüge leer, weil sie ebenfalls abgerissen werden sollten. Der Regierung war eine Sanierung zu teuer. Stattdessen sollten Standardbauten errichtet werden, für die jedoch oft kein Geld da war.

In beiden Stadthälften wurden deshalb Wohnungen und ganze Häuser besetzt. Unauffällig im Osten, umso offensiver und öffentlicher im Westen. Hier waren es zur Hochzeit der Bewegung 1981 mehr als 200 Häuser.

Heute werden Hausbesetzungen in der Regel sofort von der Polizei beendet – wenn sie denn öffentlich bekannt werden. Stattdessen werden immer wieder Wohnungen heimlich in Besitz genommen, nicht aus politischen Gründen, sondern aus der reinen Not heraus. Zehntausende Wohnungen fehlen derzeit in Berlin, genauso viel Menschen müssen bei Freunden oder Angehörigen unter schlüpfen, weil sie sonst auf der Straße schlafen müssten. Nach Angaben des Senats sind es gar nicht so viele, weil diese Menschen gar nicht erfasst werden. Die jetzt schon viel zu große Zahl von wirklich Obdachlosen wird zwischen 5.000 und 10.000 geschätzt. Dazu kommen eben diese Wohnungslosen.

Wenn sich ein Teil von ihnen entschließt, ohne Vertrag eine leer stehende Wohnung zu beziehen, müssen sie erstmal wissen, wo man diese findet. Einfacher macht es das Internetportal "Leerstandsmelder". Hier können leer stehende Gebäude und Wohnungen eingetragen und abgerufen werden. Allein für Berlin sind derzeit knapp 800 Objekte gelistet, einzelne Wohnungen, aber auch komplette Häuser. Manche stehen seit Jahren leer, andere sind allerdings wieder bewohnt oder eine Baustelle. Zu den einzelnen Objekten gibt es zusätzliche Informationen. Der Datensatz ist natürlich nur so aktuell, wie sich auch Menschen darum kümmern. Trotzdem ist es für diejenigen eine Hilfe, die bereit sind, lieber illegal unterzukommen, als unter einer Brücke zu schlafen.

Wenn Sie also von leer stehendem Wohnraum wissen, tragen Sie diesen doch ebenfalls dort ein:

www.leerstandsmelder.de/berlin

Staatsgewalt gegen antifaschistische Aktion

Man kann dem "Zentrum für politische Schönheit" nicht vorwerfen, sie wären zu lasch oder inkonsequent in der Wahl ihrer Mittel. Vermeintliche Gräber auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag, ein eigenes Holocaust-Mahnmal neben dem Grundstück des AFD-Hetzers Höcke oder die Ankündigung, einen Flüchtling durch einen Tiger fressen zu lassen. Das ZPS geht immer an die Grenzen und viele meinen, sie gingen zu weit.

So auch bei der neuen Aktion in Chemnitz. Wir erinnern uns: Im Spätsommer marschierte der rechte Mob durch die Stadt, jagte Flüchtlinge, griff ein jüdisches Restaurant an. Und die Staatsmacht? Erst ignorierte sie die Rechtsextremisten, dann behauptete der Verfassungsschutz-Chef Maaßen (aber nicht nur er), es hätte ja gar keine Hetzjagden gegeben. Bürgerliche Politiker verharmlosten die Nazi-Krawalle.

Nun hat das ZPK eine Aktion dagegen gemacht, dass sich im Sommer Tausende an den Naziaktionen beteiligten – und noch am selben Tag macht sich der Staat erneut zum Büttel der Faschisten.

Mitglieder der Politikünstler hatten in der Fußgängerzone von Chemnitz einen Laden gemietet und gestern Plakate ins Schaufenster gehängt. Mit denen wurde nach Leuten gefahndet, die sich an den rechten Aufmärschen im August beteiligt hatten. Das Ganze wurde begleitet von der Internetseite soko-chemnitz.de, auf der viele weitere Gesichter zu sehen waren, ebenfalls von den rassistischen Aktionen in Chemnitz.

Das ZPS erklärte dazu, es gehe nicht um die Diskreditierung aller Demonstrierenden, sondern um die Identifizierung der echten Neonazis. Um der Legendenbildung vorzubeugen, hier wären durchschnittliche Deutsche marschiert. Viele der auf der Website Abgebildeten wurden bereits anhand ihrer sonstigen Aktivitäten, vor allem bei Facebook u.ä., als rechtsextreme und rassistische Hetzer identifiziert. Insofern hat die Aktion schon am ersten Tag ihren Zweck erfüllt.

Die Staatsgewalt, die im August und auch in den Monaten danach völlig versagt hat, ist gestern dafür umso schneller aktiv geworden. Als Erstes gab es gegen die Betreiber der Website eine Strafanzeige wegen der unerlaubten Nutzung des sächsischen Emblems.

Nach ein paar Stunden stürmte die Polizei dann den Laden, zusammen mit dem städtischen Vermieter, und entfernte die Plakate. Und am Abend wurde dann sogar die Internetseite der ZPS-Aktion abgeschaltet. Mittlerweile ist sie aber wieder online.

Die Polizei Sachsen begründete die Schließung des Ladens scheinheilig mit Gefahrenabwehr. "Rechtsextreme Straftäter haben zu Sachbeschädigung aufgerufen". Anstatt das Eigentum zu schützen, zerstören sie es also lieber selber.

Damit aber sind sie dem Zentrum in die Falle gegangen: Sie haben gezeigt, dass sie sehr wohl schnell und effektiv reagieren können, wenn es in ihrem Interesse ist. Dass die Polizei gegenüber dieser antifaschistischen Aktion sofort zuschlägt, aber von den marschierenden Neonazis und Mitläufern bisher fast niemanden festgenommen hat, zeichnet ein eindeutiges Bild.

Und dies lässt nur einen eindeutigen Schluss zu: Es ist keine Unfähigkeit, sondern politischer Wille, dass man der AFD (die den Marsch im August organisiert hat) und ihren Neonazifreunden gerne zu Diensten ist. Menschen und Gruppen aber, die sich gegen die faschistische Gefahr zur Wehr setzen, werden sofort verfolgt.

Nein, nicht das Zentrum für politische Schönheit ist zu weit gegangen, sondern die "Sicherheitsbehörden". Die Lage ist ernster, als viele glauben.

Letzte jüdische Schule Deutschlands

Als einen sicheren Hafen beschrieben Jugendliche ihre Schule in der Moabiter Siemensstraße 15. Während außerhalb die Nazihorden regierten und jüdische Geschäfte zerstörten, blieb dieses kleine Internat unangetastet. Tatsächlich duldete der NS-Staat die Mischung von Schule und Berufsausbildung noch bis 1943, als Juden eigentlich schon seit Jahren der Besuch von Bildungseinrichtungen verboten war.

Dies war nur wegen einer Besonderheit des Internats möglich. Es gehörte dem Verein ORT, der 1880 in Russland gegründet worden war, um jüdischen Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Der Name war eine Abkürzung, übersetzt hieß es "Gesellschaft für Handel und landwirtschaftliche Arbeit". Es gibt ihn bis heute, mittlerweile heißt er World ORT und steht für "Organisation, Wiederaufbau, Schulung". In über 50 Ländern der Erde ist er vertreten, jedoch nicht mehr in Deutschland.

Nach der Oktoberrevolution verlegte ORT 1921 seinen Sitz nach Berlin in die Bleibtreustraße 34. Da es in Deutschland bereits eine funktionierende Schulausbildung und auch jüdische Schulen gab, wurden hier keine eigenen Einrichtungen gegründet. Dies änderte sich, als jüdische Kinder ab November 1937 keine öffentlichen Schulen mehr besuchen durften.

Und auch jüdischen Schulen wurde Steine in den Weg gelegt, bevor sie 1942 ganz verboten wurden. So durften sie bald kein eigenes Vermögen mehr haben, was einen Schulbetrieb fast unmöglich machte. ORT als internationale Organisation hatte auch eine Sektion in England. Und diese war es, die 1937 offiziell das Gebäude in der Siemensstraße 15 kaufte sowie die Lehrmittel und das Werkzeug für die Berufsschüler bezahlte. Das Eigentum ausländischer Juden wurde ja vorerst noch nicht angetastet. Adolf Eichmann persönlich gab die Erlaubnis zur Schulgründung, unter der Voraussetzung, dass die Absolventen am Ende Deutschland verlassen würden. So stand das Internat eine Zeitlang unter gewisser Immunität. Während der Reichspogromnacht am 9. November 1938 wurde es z.B. nicht beschädigt.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Schule mehr als 200 Schüler ab 14 Jahren. Als im Laufe des Jahres 1939 ein Krieg immer wahrscheinlicher wurde, beschloss der britische Verband von ORT, die gesamte Schule nach England zu evakuieren. Für 215 Schüler und Lehrer wurden Visa beantragt, doch die britische Regierung wollte keine größeren Gruppen ins Land lassen. Die ORT-Mitarbeiter überzeugte sie schließlich mit dem Argument, dass die Ausrüstung und auch die gut ausgebildeten Schüler sonst den Nazis in die Hände fallen würden und denen nützen würden. Im August 1939 reiste der britische Leutnant Joseph Levey nach Berlin und wurde in seiner Regimentsuniform samt schottischem Kilt bekleidet in der SS-Zentrale vorgestellt. Sein Auftreten machte so viel Eindruck, dass er eine Zusage für die Ausreise der Jugendlichen nach England bekam.

Die erste Gruppe von 106 Schülern und einige Lehrer konnten kurz danach abreisen, vom Bahnhof Charlottenburg aus ging es nach Holland und weiter nach England. Allerdings galt die Genehmigung nicht für die Angehörigen. Die anderen Schüler und Lehrer sowie der Rektor Werner Simon sollten eine Woche später folgen. Doch als am 1. September 1939 der Krieg ausbrach, wurden die Grenzen sofort geschlossen. Nun saßen sie in Berlin fest und kehrten zur Schule zurück.

Überraschenderweise wurde das ORT-Internat von den deutschen Behörden weiterhin in Ruhe gelassen, obwohl es nun zu einem feindlichen Staat gehörte. Über die folgenden vier Jahre ist wenig bekannt. Eichmann schrieb 1941 einen Brief, dass es nun in die "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" integriert wurde, einem Verband, in dem die Nazis alle noch existierenden jüdischen Organisationen zusammenfassten. Bis dahin wurden sogar neue Schüler aufgenommen, teilweise auch bereits erwachsene.

Im April 1941 aber wurde ihr der Status als Schule aberkannt. Trotzdem durften die Jugendlichen weiterhin im Internat bleiben, mussten tagsüber aber in Fabriken der Stadt arbeiten. Bis 1943, als Berlin offiziell als "judenfrei" erklärt wurde, gab es trotz des Verbots weiterhin Unterricht.

Währenddessen erging es auch den Emigrierten schlecht. Nach dem Abschluss ihrer Ausbildung wurden sie größtenteils als "feindliche Ausländer" in Internierungslager gesteckt, wo sie bis Kriegsende festgehalten wurden. Wer noch unter 16 Jahre alt war, ist dagegen in die britische Armee eingezogen worden.

Aber das ist kein Vergleich zu dem Schicksal, das die in Berlin zurückgebliebenen Schüler erwartete. Immer wieder wurden einzelne von ihnen festgenommen und in Konzentrationslager deportiert. Darunter auch der Lehrer Dr. Arthur Feige, dem jedoch auf dem Weg nach Auschwitz die Flucht gelang. Im Februar oder Juni 1943 (unterschiedliche Angaben) stürmte dann die SS das Internat. Sie nahmen die verbliebenden Lehrer und die etwa 100 Schüler mit, die kurz darauf nach Auschwitz deportiert wurden. Nur der zuvor geflohene Lehrer Arthur Feige sowie einer der Schüler überlebte den Holocaust.

Nach der NS-Zeit gründete sich World ORT auch noch einmal in Deutschland. Sie bildete Juden aus, die zurückgekehrt waren oder den Faschismus hier überlebt hatten. Diese Ausbildung diente aber nur noch dazu, ihnen Wissen und Fähigkeiten zu vermitteln, die sie dann nach ihrer endgültigen Auswanderung gebrauchen konnten. Im Jahr 1952 beendete ORT in Deutschland seine Arbeit, es gab nicht mehr genügend Auswanderungswillige, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Sie war für viele Jahre die letzte jüdische Schule in Berlin. Und auch das einstige Gebäude existiert heute nicht mehr.

